

Lügen

hatten lange Beine

Ein Strafantrag
von Werner May
-Pfingsten 2013-

Diese pdf-Datei kann als Geschenk an alle direkt Betroffenen geschickt werden:

Berufspolitiker, Richter, Staatsanwälte, Notare, Rechtsanwälte
und die (nicht-)öffentlichen Medien, die meine Strafanzeigen bisher nicht veröffentlichen wollten.
Urheberrechte werden selbstverständlich keine von mir erhoben.

Präambel

Im Bewusstsein meiner Verantwortung vor Gott und den Menschen
und von dem Willen beseelt endlich die Wahrheit zu erfahren,
habe ich im Auftrag und mit der Hilfe Gottes diesen Strafantrag erstellt.

Ich hoffe damit dem Frieden in der Welt zu dienen,
damit die Menschen künftig in Einheit und Freiheit leben können.



An den Generalstaatsanwalt
-persönlich-
Patriotischer Weg 120 a
18057 Rostock

Betr.: 711 Js 7138/13

Hiermit lege ich Beschwerde gegen die Einstellung der Ermittlungen (Akz 711 Js 7138/13) ein und erstatte

Strafantrag

gegen Frau Dr. Jaeger (Staatsanwaltschaft Neubrandenburg)
wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung
sowie aus allen rechtlichen Gründen.

Gleichzeitig erstatte ich

Strafantrag gegen alle Staatsanwälte und Richter, die in diesem Strafantrag aufgelistet sind,
gegen eine Gerichtsvollzieherin und die Verantwortlichen der **Landeszentralkasse Mecklenburg-Vorpommern**, sowie die aufgeführten **Rechtsanwälte**
wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung
sowie aus allen rechtlichen Gründen.

Begründung:

Am 5.4.2013 hatte ich Strafanzeige gegen Herrn W. erstattet, der mich in der Uniform eines Polizisten angehalten, genötigt und erpresst hatte.

Es besteht der Verdacht, dass Herr W. tatsächlich nicht berechtigt ist hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Folgende Fragen waren zu klären.

- 1.) Herr W. weist sich mit einem Dienstausweis aus. **Warum hat er keinen Amtsausweis?**
- 2.) Herr W. behauptet für die Bundesrepublik Deutschland tätig zu sein. **Existiert dieser angebliche Staat noch?**
- 3.) Herr W. behauptet er erfülle hoheitliche Aufgaben für einen Staat. **War die Bundesrepublik Deutschland jemals ein Staat?**
- 4.) Herr W. behauptet er würde das Ordnungswidrigkeitengesetz der BRD anwenden. Nach dem Wortlaut des OWiG gilt es nur auf Schiffen und in Flugzeugen. **Wieso gilt das OWiG auch auf der Straße in Pasewalk?**

Frau Dr. Jaeger beantwortet die gestellten Fragen nicht und kann keinen Anfangsverdacht erkennen. Sie beruft sich in ihrer Begründung auf eine Straßenverkehrsordnung § 36 Abs. 5. Laut Internet heißt es dort: „(5) *Polizeibeamte dürfen Verkehrsteilnehmer zur Verkehrskontrolle einschließlich der Kontrolle der Verkehrstüchtigkeit und zu Verkehrserhebungen anhalten...*“

Diese StVO ist offensichtlich ein Gesetz der BRD. Demnach ist Frau Dr. Jaeger, genauso wie Herr W., Mitglied eines „Staates“, den es seit 1990 nicht mehr gibt. Bis 1990 war die BRD lediglich ein Staatsfragment und ohne Verfassung. Das Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel um die Ruhe und Ordnung in einem besetzten Gebiet aufrecht zu erhalten (siehe unten). Dies wurde im Strafantrag vom 5.4.13 ausgeführt und belegt. Dem hat Frau Dr. Jaeger nicht widersprochen.


Folglich gelten noch heute die Besatzungsrechte. Daher müssen alle Richter und Staatsanwälte eine Genehmigung der Militärbehörde haben um „amtieren“ zu können. Mit anderen Worten: **Um ein „Amt“ ausüben zu dürfen bedarf es der Zulassung der Militärregierung.**

Nachlesen kann man das im Gesetz Nr. 2, Artikel 5 „Befähigung der Richter, Staatsanwälte...“ der Militärregierung:

9. Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

Es besteht der dringende Verdacht, dass der Beschuldigte Herr W. und Frau Dr. Jaeger der Vereinigung „Bundesrepublik Deutschland“ angehören, die nie ein Staat war und deren Amtsträger eine Zulassung der Militärregierung benötigen.

Dies ist die Unterschrift unter dem Schreiben der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg:



Dr. Jaeger
Staatsanwältin

Dieser Schriftzug kann alles mögliche bedeuten aber nicht Jaeger. Er besteht aus maximal 4 Buchstaben und enthält mit Sicherheit kein „g“. Offensichtlich soll damit ein unterzeichnetes Rechtsmittel vorgetäuscht werden. Dies dürfte als eine Urkundenfälschung auszulegen sein. Vermutlich will Frau Dr. Jaeger keine Verantwortung für den Textbaustein übernehmen, der sämtliche Antworten der angezeigten Straftatbestände offen lässt.

Offensichtlich ist in den Kreisen der Richter und Staatsanwälte bekannt, dass es keinen rechtsfähigen Staat gibt, denn viele Schreiben der **Staatsanwaltschaft** werden „im Auftrag“ verfasst, was nach Urteilen des BGH bedeutet, „*dass der Unterzeichnende für den Inhalt der Rechtsmittelschrift keine Verantwortung übernimmt.*“

Richter verschicken keine Urteile sondern „Ausfertigungen“, die keine richterliche Unterschrift tragen. In der Zivilprozessordnung steht:

§ 317 Urteilszustellung und -ausfertigung

(1) Die Urteile werden den Parteien, verkündete Versäumnisurteile nur der unterliegenden Partei zugestellt. Eine Zustellung nach § 310 Abs. 3 genügt. Auf

Dem Wortlaut nach „werden den Parteien“ die, vom Richter unterschriebenen „**Urteile**“, zugestellt und keine „Ausfertigungen“! Den Parteien stehen die Originale zu und keine wertlosen Kopien!

Hier eine Auflistung der Strafverfahren und Klagen, die ich in den vergangenen Jahren erstattet hatte:

Der Generalstaatsanwalt Rostock

Staatsanwältin Komning (2 Zs 323/13) Unterschreibt im Auftrag.

OStA Lückemann (2 Zs 323/13) Unterschreibt im Auftrag.

StAin Busse (2 Zs 211/10) Unterschreibt im Auftrag.

OStA D. Meyer (2 Zs 82/10 – 2 Zs 211/10) Im Auftrag. Unterschreibt aber nicht selbst.

OStA Gärtner (Zs 258/03) Unterschreibt im Auftrag.

Staatsanwältin Krüger (Zs 273/05) Unterschreibt nicht selbst. Beglaubigt durch

Justizhauptsekretärin Kreuzmann.

Staatsanwältin Böhm (Zs 203/06) Im Auftrag – ohne Unterschrift. Beglaubigt von Justizangestellte Trester.

Staatsanwaltschaft Neubrandenburg

Staatsanwältin Dr. Jaeger (711 Js 4888/13).

Staatsanwältin Beerenbrink (711 Js 25199/09).

Staatsanwältin Dr. Lieschke (741 Js 2431/09).

Staatsanwältin Schröder (741 Js 2431/09).

Staatsanwältin Voß (711 Js 19256/02).

Staatsanwalt Wegener (752 Js 429/05) Unterschreibt mit Paraphe.

Staatsanwalt Tech (749 Js 22650/05) Unterschreibt nicht selbst. Beglaubigt durch Justizangestellte Peter.

Staatsanwältin Geilhorn (833 Js 3204/06).

Staatsanwaltschaft Stralsund

Staatsanwältin Niemeier (545 Js 140/10) Unterschreibt unleserlich.

OStA Lechte (526 Js 28469/09).

Staatsanwaltschaft Berlin

Staatsanwältin Lemke (76 Js 418/07) Unterschreibt nicht selbst, beglaubigt von Justizangestellte Schneider mit einer Paraphe.

Staatsanwältin Karl (76 Js 1022/07) Unterschreibt nicht selbst, beglaubigt von Justizangestellte Klaus mit einer Paraphe.

OStA Dalheimer (74 Js 264/02) Unterschreibt nicht selbst, beglaubigt von Justizangestellte mit unleserlicher Unterschrift.

Staatsanwalt Eisenbach (74 Js 264/02) Unterschreibt nicht selbst, beglaubigt von Justizangestellte mit unleserlicher Unterschrift.

Staatsanwaltschaft Karlsruhe

Staatsanwältin Richter (140 Js 524/08) Mitteilung wurde elektronisch erstellt und enthält deshalb keine Unterschrift.

Verwaltungsgericht Greifswald

Richterin Friesecke (3 A 345/09)

Richter Kalhorn (3 A 345/09)

Richterin Dr. Haustein (3 A 345/09)

Richter Seppelt (3 A 345/09 – 3 A 1952/07)

Richter Seppelt (3 A 1044/04) Ausfertigung ohne Unterschrift des Richters, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit einer unleserlichen Paraphe.

Richter Seppelt (3 A 1952/07) Ausfertigung ohne Unterschrift des Richters, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit einer unleserlichen Paraphe.

Richterin Thews (3 A 991/03) Ausfertigung ohne Unterschrift der Richterin, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit dem Kürzel „Die“.

Richterin Thews (3 A 1094/02) Ausfertigung ohne Unterschrift der Richterin, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit einer unleserlichen Unterschrift.

Finanzgericht Mecklenburg- Vorpommern

Richter Dr. Kerath (3 K 752/03) Ausfertigung ohne Unterschrift des Richters, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit einer unleserlichen Paraphe.

Präsident Wolf (3 K 752/03) Ohne Unterschrift des Präsidenten, Beglaubigt von einer Justizangestellten.

Richter Dr. Kerath (3 K 609/04) Ausfertigung ohne Unterschrift des Richters, Ausfertigung von einer Justizangestellten mit einer unleserlichen Paraphe.

Bundesverfassungsgericht

Richterin Jaeger (1 BvR 388/03) Ausfertigung ohne Unterschrift der Richter mit unleserlichem Namen einer Amtsinspektorin.

Richter Hömig (1 BvR 388/03) Ausfertigung ohne Unterschrift der Richter mit unleserlichem Namen einer Amtsinspektorin.

Richter Bryde (1 BvR 388/03) Ausfertigung ohne Unterschrift der Richter mit unleserlichem Namen einer Amtsinspektorin.

Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern

Richter Sperlich (1 O 345/09 VG HGW).
ter Veen (3132 E 168) Unterschreibt im Auftrag.

Gerichtsvollzieherin

Marlene Smolan (DRII-1122/08) unterzeichnet mit einer unleserlichen Paraphe.

Landeszentalkasse Meck-Pomm

Böss (Pfändungsbeschluss 0150100628426) Unterzeichnet im Auftrag.

Ohne Namen (Mahnung 0150100651511) Maschinell erstellt und ohne Unterschrift.

Rechnung 013020051839 ohne Unterschrift.

Rechtsanwälte

Auer Witte Thiel (AZ: 21290847908) Unleserliche Unterschrift ohne Namensangabe am 23.6.09.

Auer Witte Thiel (AZ: 21290372035) Unleserliche Unterschrift ohne Namensangabe am 26.3.09.

(Die Rechtsanwälte versuchten im Auftrag der Firma flirt-fever.de monatelang Geld von mir zu erpressen, obwohl ich ihnen mitgeteilt hatte, dass ich mit der Firma flirt-fever.de nichts zu tun habe.)

Alle Strafanzeigen und Klagen richteten sich gegen Mitglieder der Staatsgewalten der BRD.

In keinem Fall wurden Ermittlungen aufgenommen. Sämtliche Klagen wurden abgewiesen.

Nur in einem Fall habe ich ein Urteil von einem Gericht erhalten, wie das gesetzlich vorgeschrieben ist. Alles andere waren, offensichtlich wertlose, „Ausfertigungen“ ohne Rechtskraft.

Dies gilt es zu prüfen.

Sollten die benannten Richter, Staatsanwälte und die Rechtsanwälte keine Zulassung der Militärregierung besitzen, ist ein Verfahren vor den Militärbehörden einzuleiten.

Fakt ist:

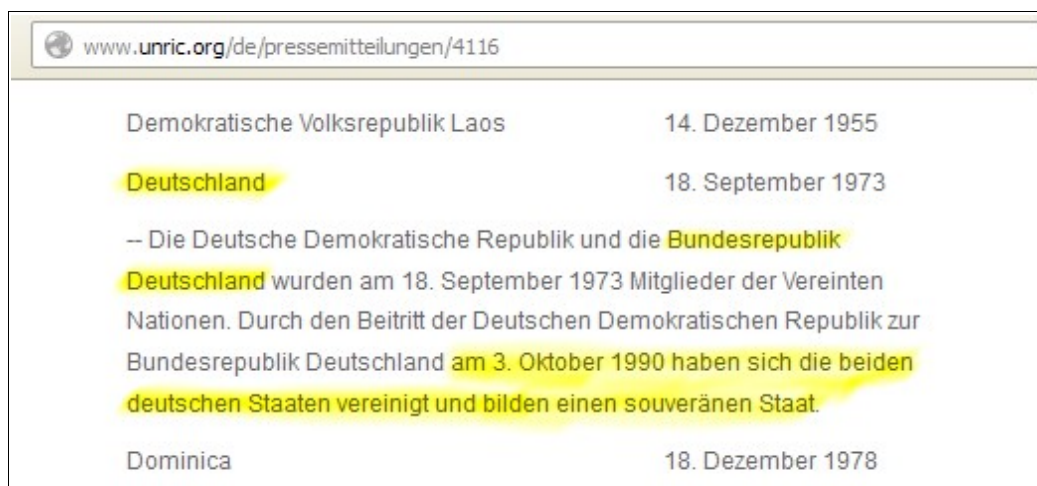
Einen Staat Bundesrepublik Deutschland hat es nie gegeben, wie man der Internetseite des Europarats entnehmen kann:



The screenshot shows a web browser window with the URL www.strassburg-europarat.diplo.de/Vertretung/strassburg_europarat/de/03/_Deutschland_20im_20Europarat.html. The page title is "Deutschland im Europarat". On the left, there is a photograph of a conference room with a microphone and a nameplate that reads "ALLEMAGNE". Below the photo is the copyright notice "(© Ständige Vertretung)". To the right of the photo, the text states: "Deutschland ist dem Europarat 1950 als 14. von heute 47 Mitgliedstaaten beigetreten." Below this, it says: "Die Aktivitäten des Europarats konzentrieren sich auf die Kernbereiche Schutz und Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Darüber". On the right side of the page, there is a "Schriftgröße" (font size) selector and a "Social Bookmarks" button. A small thumbnail image of the European Parliament is also visible.

Nicht die „Bundesrepublik Deutschland“, sondern „Deutschland“ ist dem Europarat als 14. Mitglied 1950 beigetreten und hat internationale Verträge mit „Deutschland“ unterzeichnet. Die „Bundesrepublik Deutschland“ war nur ein Teil Deutschlands und nie ein Staat. Die BRD war und ist noch immer ein besetztes Wirtschaftsgebiet.

1990 wurde „Deutschland“ noch einmal gegründet, wie man der Mitgliederliste der Vereinten Nationen entnehmen kann:



The screenshot shows a web browser window with the URL www.unric.org/de/pressemitteilungen/4116. The page displays a list of member states of the United Nations. The text is as follows:

Demokratische Volksrepublik Laos	14. Dezember 1955
Deutschland	18. September 1973
– Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden einen souveränen Staat.	
Dominica	18. Dezember 1978

Demnach haben sich die DDR und die BRD am 3. Oktober 1990 vereinigt und bilden nun einen souveränen Staat mit dem Namen „Deutschland“.

Offensichtlich soll mit diesem Unsinn die Öffentlichkeit für dumm verkauft werden. Sowohl der Europarat, dem „Deutschland“ seit 1950 angehört, als auch den „Vereinten Nationen“, denen Deutschland 1990 beigetreten ist, müsste bekannt sein, dass es keine 2 verschiedene Deutschland geben kann.

Deutschland ist das Land innerhalb der Grenzen von 1937, so die offizielle völkerrechtlich verbindliche Definition, die man seit dem 18. Sept. 1944 in der „*Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung-Deutschland*“ nachlesen kann.

SHAEF_Militaergesetze

Artikel VII — Begriffsbestimmungen

9. Für die Zwecke dieses Gesetzes gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) „Personen“ bedeutet jede natürliche Person, jede Gesamthandsgemeinschaft und jede juristische Person des öffentlichen oder privaten Rechts, die gesetzlich fähig ist, Vermögen oder Vermögensrechte zu erwerben, zu benutzen, in Kontrolle zu nehmen oder darüber zu verfügen.
- b) „Geschäftliches Unternehmen“ bedeutet jede Einzelperson, Offene Handelsgesellschaft, Vereinigung, Körperschaft oder sonstige Organisation, die ein Handelsgeschäft oder ein sonstiges Geschäft betreiben oder öffentliche Wohlfahrtstätigkeit ausüben.
- c) „Vermögen“ bedeutet jedes bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie alle gesetzlichen und auf Recht und Billigkeit beruhenden und wirtschaftlichen Eigentumsrechte und Interessen und gegenwärtige oder zukünftige Ansprüche auf Ueberlassung von Vermögen und schließt insbesondere die folgenden Gegenstände ein, ohne daß diese Aufzählung erschöpfend ist: Grund und Boden, Gebäude, Geld, Aktien, Wertpapiere, Patentrechte, Gebrauchs- oder Lizenzrechte, sonstige Eigentumsurkunden, Schuldverschreibungen, Bankguthaben, Ansprüche, Verbindlichkeiten, andere Schuldurkunden, Kunst- und Kulturgegenstände.
- d) Ein „Staatsangehöriger“ eines Staates oder einer Regierung bedeutet, ein Untertan oder Staatsbürger sowie eine Personengesellschaft, Handelsgesellschaft, eine Körperschaft oder sonstige juristische Person, die auf Grund der Gesetze eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung besteht oder in dem Gebiet eines derartigen Staates oder einer derartigen Regierung eine Hauptniederlassung hat.
- e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Warum ausgerechnet dieses Datum (31.12.1937) gewählt wurde ist von hier aus nicht nachzuvollziehen.

Da der 31.12.1937 das **völkerrechtlich verbindliche** Datum für die **Grenzen Deutschlands** ist, findet man das Datum auch im Grundgesetz:

XI.

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Art 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

Zu Deutschland gehören die Ostgebiete



und zu Deutschland müsste Berlin gehören:

Die Botschafter der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika haben mit Schreiben vom 8. Juni 1990, das der Botschafter Frankreichs mit gleichem Datum dem Bundeskanzler übersandt hat, ihre Vorbehalte insbesondere in dem Genehmigungsschreiben zum Grundgesetz vom 12. Mai 1949 in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und ihr volles Stimmrecht im Bundestag und im Bundesrat aufgehoben.
Das Schreiben wird nachstehend veröffentlicht.

Der Bundesminister des Innern

(Übersetzung)

Bonn, den 8. Juni 1990

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir möchten Ihnen mitteilen, daß die Drei Westmächte im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Deutschland und in der internationalen Lage bestimmte Aspekte ihrer Vorbehalte zum Grundgesetz einer erneuten Prüfung unterzogen haben.

Die Vorbehalte der Drei Westmächte in bezug auf die Direktwahl der Berliner Vertreter zum Bundestag und das volle Stimmrecht der Vertreter Berlins im Bundestag und im Bundesrat, die insbesondere im Genehmigungsschreiben vom 12. Mai 1949 zum Grundgesetz angesprochen sind, werden hiermit aufgehoben.

Die Haltung der Alliierten, "daß die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, daß diese Sektoren wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden", bleibt unverändert.

Wir bitten Sie, Herr Bundeskanzler, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung zu genehmigen.

Für die Regierung der Französischen Republik

Serge Boidevaix

Für die Regierung des Vereinigten Königreichs

von Großbritannien und Nordirland

Sir Christopher Mallaby

Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Vernon A. Walters

Seiner Exzellenz
Dr. Helmut Kohl

Noch 1990 stellen die Drei Mächte klar: **Berlin war „bisher kein Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland“ und wird es auch weiterhin nicht sein.**

Das 1944 definierte „Deutschland“ gibt es faktisch nicht.

Die Ostgebiete wurden heimlich und völkerrechtswidrig an Polen abgetreten und Berlin ist weiterhin exterritoriales Gebiet.

Das „Deutschland“ im Europarat (seit 1950) kann es nicht geben und das „Deutschland“ (seit 1990) bei den Vereinten Nationen kann es auch nicht geben.

Da es die BRD seit 1990 nicht mehr gibt, vertreten Richter aus „Deutschland“ diesen, nicht vorhandenen, Staat im Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßbourg.

The screenshot shows the official website of the European Court of Human Rights. The header includes the court's name in English and French, along with a search bar and navigation links. The main content area is titled 'The Court' and features a group photo of the judges. Below the photo, there are links to 'List by country', 'List of ad hoc judges', and 'List of judges since 1959'. The section 'Composition of the Court' is highlighted, indicating the current members of the court as of 02.01.2013.

Nebojša Vučinić	Montenegro
Kristina Pardalos	San Marino
Ganna Yudkivska	Ukraine
Vincent A. De Gaetano	Malta
Angelika Nußberger	Germany
Julia Laffranque	Estonia
Paulo Pinto de Albuquerque	Portugal
Linos-Alexandre Sicilianos	Greece

Frau Nußberger vertritt „Deutschland“ beim Gerichtshof für Menschenrechte.

Judicial Divisions

The **Judicial Divisions** consist of eighteen judges organized into the Pre-Trial Division, the Trial Division and the Appeals Division. The judges of each Division sit in Chambers which are responsible for conducting the proceedings of the Court at different stages. Assignment of judges to Divisions is made on the basis of the nature of the functions each Division performs and the qualifications and experience of the judge. This is done in a manner ensuring that each Division benefits from an appropriate combination of expertise in criminal law and procedure and international law. The judges of the Court are: Sang-Hyun Song (Republic of Korea), Sanji Mmasenono Monageng (Botswana), Cuno Tarfusser (Italy), **Hans-Peter Kaul (Germany)**, Akua Kuenyehia (Ghana), Erkki Kourula (Finland), Anita Ušacka (Latvia), Ekaterina Trendafilova (Bulgaria), Joyce Aluoch (Kenya), Christine van den Wyngaert (Belgium), Silvia Alejandra Fernández de Gurmendi (Argentina), Kuniko Ozaki (Japan), Miriam Defensor-Santiago (Philippines), Howard Morrison (United Kingdom), Anthony T. Carmona (Trinidad and Tobago), Olga Herrera Carbuccion (Dominican Republic), Robert Fremr (Czech Republic) and Chile Eboe-Osuji (Nigeria).

Herr Hans-Peter Kaul vertritt Deutschland (Germany) beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

Das „neueste“ Deutschland stammt aus dem Jahre 1990 und wurde aus der DDR und der BRD gebildet. Die BRD gibt es seither nicht mehr. Dennoch leisten die Richter den Eid: „*Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die **Bundesrepublik Deutschland** und getreu dem Gesetz auszuüben...*“ (Richtereid: Deutsches Richtergesetz § 38)

Hier ist zu prüfen ob eine Zulassung der Militärregierung vorliegt und ob die beiden Richter, die einen Eid auf die BRD geleistet haben, das handlungsunfähige „Deutschland“ an einem internationalen Gericht vertreten können.

Das oberste Gesetz der BRD ist das „Grundgesetz für die **Bundesrepublik Deutschland**“.

**** Definition Grundgesetz: Ein Grundgesetz ist ein besatzungsrechtliches Mittel zur Schaffung von Ruhe und Ordnung in einem durch Kriegshandlung besetzten Gebiet. Gegeben von der Siegermacht (oder den Siegermächten), für das auf Zeit eingesetzte Verwaltungsorgan (BRD). (Creifeld 's Rechtswörterbuch 17. Auflage Verlag C.H.Beck München 2002)**

Die Bundesregierung ist ein „eingesetztes Verwaltungsorgan (BRD)“ der Siegermacht. Die BRD ist demnach kein souveräner Staat sondern ein besetztes Gebiet.

Bestätigt wird das im Grundgesetz. Nach Artikel 120 trägt der Bund „*die Aufwendungen für Besatzungskosten*“.

Demnach gelten noch heute die Besatzungsrechte, z.B. das Gesetz Nr. 2 (Deutsche Gerichte)

Artikel V - Befähigung der Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte

8. Niemand ist befähigt als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt zu amtieren bis er den folgenden Eid leistet:

Eid

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, daß ich die Gesetze jederzeit zu niemandes Vorteil und zu niemandes Nachteil, mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Ueberzeugung, anwenden und handhaben werde; daß ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute als auch ihrem Sinne befolgen werde; und daß ich stets mein Bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetze zu wahren. So wahr mir Gott helfe!“

Wer diesen Eid schwört, ist nicht mehr an früher von ihm geleistete Diensteide gebunden.

9. Niemand kann als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren, falls er nicht seine Zulassung von der Militärregierung erhalten hat.

Da es keinen Staat gibt, dürfen Amtsträger ihr Amt nur mit Zulassung der Militärregierung ausüben.

Sollten die o.g. Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte keine derartige Zulassung vorlegen können, handelt es sich um Privatpersonen, die keinerlei hoheitliche Befugnisse haben. Trotzdem bedienen sie sich bewaffneter Einheiten (z.B. Polizei) um Bürger dieses Landes zu nötigen, erpressen, der Freiheit zu berauben usw.

Daher handelt es sich nicht nur um eine kriminelle Vereinigung, deren Mitglieder sich persönlich bereichern, indem sie vorgeben Staatsorgane zu sein. Als Staatsorgan erhalten sie eine sichere Anstellung, ein festes Gehalt und andere Vergünstigungen. Offensichtlich wird die Restbevölkerung des Landes seit Jahrzehnten durch diese Vereinigung getäuscht und betrogen.

Die Verlogenheit des gesamten Systems wird deutlich wenn man sich die Präambel des Grundgesetzes aufmerksam durchliest:

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott...

Demnach gibt es einen Gott und die angebliche Glaubensfreiheit, die im Grundgesetz garantiert wird, ist pure Heuchelei.

Gott hat nie Staaten gewollt, wie man der Bibel entnehmen kann ([ausführlich in „staatenlos“](#)).

Gott hat die Erde nie an die Menschen übergeben: **(3 Mose 25.23)** „Darum sollt ihr das Land nicht verkaufen für immer; denn **das Land ist mein, und ihr seid Fremdlinge und Gäste vor mir.**“

(Psalm 24) „**Die Erde ist des HERRN** und was darinnen ist, der Erdboden und was darauf wohnt.“

Daher sind alle, gesetzlich geregelten, Eigentumsrechte an Grund und Boden gegen Gottes ausdrücklichen Willen!

...als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa...

Die BRD ist das einzige besetzte Land in Europa und ist seit über 60 Jahren nicht gleichberechtigt.

...dem Frieden der Welt zu dienen...

Die Staatsorgane der BRD haben es geschafft das Land zum 3. größten Waffenexporteur aufzubauen. Ihre Waffen findet man in sämtlichen Kriegs- und Krisengebieten.

...hat sich das deutsche Volk...

Das *deutsche Volk* ist das Volk innerhalb der Grenzen vom 31.12.1937 und hat nichts zu melden.

...kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt...

Das deutsche Volk hat keine Verfassung und somit auch keine *verfassungsgebende Gewalt*.

...dieses Grundgesetz geben...

Das Grundgesetz wurde im Auftrag der Besatzungsmächte erstellt und dient zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in einem besetzten Gebiet.

Die Deutschen ... haben in freier Selbstbestimmung...

in einem besetzten Land, mit einer illegalen Regierung und abhängigen Medien...

...die Einheit...

Deutschland ist noch nicht vereint.

...und Freiheit...

Die Bundesrepublik von Deutschland ist immer noch besetzt und Ostdeutschland gehört nicht zu Deutschland.

...Deutschlands...

Deutschland ist das Gebiet des Deutschen Reiches vom 31.12.1937. Dieses Deutschland gibt es nicht!

Damit gilt das Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Das Grundgesetz gilt für die Bundesrepublik Deutschland und ein Volk der Bundesrepublik Deutschland gibt es nicht. Deshalb gibt es auch keine Staatsangehörigkeit der BRD.

Zusammengefasst:

Die BRD ist kein Staat.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist keine Verfassung.

Im Grundgesetz sind 3 unterschiedliche Geltungsbereiche genannt:

- 1.) Das Gebiet der BRD in der Präambel.
- 2.) Die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 im Artikel 116.
- 3.) Das Reichsgebiet vom 11. August 1919 im Artikel 140.

Die BRD ist nicht Deutschland.

Das 1944 definierte „Deutschland“ gibt es bis heute nicht.

Deshalb gibt es auch keine Verfassung von Deutschland.

Daher erstatte ich einen Strafantrag gegen alle oben aufgelisteten Amtsträger, wegen des Verdachts der Amtsanmaßung und der Mitgliedschaft in einer Terroristischen Vereinigung, die sich, je nach Gutdünken, „Bundesrepublik Deutschland“ (1949), „Deutschland“ (1950), „das vereinte Deutschland“ (1990), „Deutschland“ (1990) oder „der Bund“ (mehrfach im Grundgesetz) nennt.

Werner May

Fahrenwalde, den 19.5.2013

Nachworte:

Seit über 60 Jahre wird die Bevölkerung von Berufspolitikern, Richtern, Staatsanwälten, Notaren, Rechtsanwälten und den (nicht-)öffentlichen Medien belogen und betrogen. Dadurch hatten diese Lügen lange Beine.

Dennoch sollte man diesen Menschen nicht böse sein. Sie waren auf einen lang gehegten Plan Gottes hereingefallen und ihr Hochmut und ihre Gier haben ihr Handeln bestimmt.

Dass es so kommen wird hat Gott schon lange vorhergesagt: <http://www.paradies-auf-erden.de/sonstiges/wor.pdf> .

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs und gewaltige Veränderungen stehen bevor. Die Gründe finden Sie hier: <http://www.paradies-auf-erden.de/kundgaben/endzeit/inhaltendzeit.html> .

Das Ziel dieses Umbruchs ist eine Welt ohne Grenzen und damit ohne Staaten: <http://www.widerstand-ist-recht.de/sonstiges/staatenlos.pdf> .

Dass Deutschland der Ausgangspunkt dieser Bewegung sein wird kann man hier lesen: www.paradies-auf-erden.de und <http://www.widerstand-ist-recht.de/sonstiges/kund.html> .

In meiner Klage "[Wem gehört die Erde?](#)" habe ich den Beweis erbracht, dass die meisten Gesetze gegen das Urheberrecht und die Eigentumsrechte verstoßen, denn Gott ist der Schöpfer und der alleinige Eigentümer der Erde. Nun fordert er sein Eigentum weltweit zurück.

Die Kirchen, die zu den größten Grundstücksbesitzern gehören, und die eng mit den Staatsorganen zusammenarbeiten, haben nur noch wenig mit der eigentlichen Lehre Gottes gemein. Daher wurde Franz Schumi „Die Religion der Zukunft“ (<http://www.paradies-auf-erden.de/sonstiges/religion%20zukunft.pdf>) diktiert.

In einer Verfassungsbeschwerde habe ich aufgezeigt, wie wenig die [Katholische Kirche](#) mit der eigentlichen Lehre Gottes zu tun hat.

Die Strafanzeigen gegen die [Bundeskanzlerin](#), die [Generalbundesanwältin](#) und die [Bundestagsabgeordneten](#) zeigen die Verlogenheit des gesamten politischen Systems auf.

Um die Freiheit und die Würde der Menschen zu unterdrücken und das System des Herrschens weiterhin zu etablieren wird mit allen erdenklichen Mitteln gearbeitet. [Terroraktionen in staatlichem Auftrag](#) gehören genauso dazu wie Lügen, mit denen man Kriege begründet.

Es ist an der Zeit, dass aufrichtige Menschen zeigen, dass die Lügen zwar lange Beine hatten, aber jetzt durchschaut sind.

Wie heißt es so schön im Grundgesetz Artikel 20:

(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Durch Gesetz vom 24. Juni 1968 wurde folgender Absatz angefügt:

"(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum **Widerstand**, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Wo keine Staaten sind, gibt es keine Herrscher,
wo keine Herrscher sind, gibt es keine Kriege,
wo Friede herrscht, ist Nächstenliebe,
wo Nächstenliebe ist, ist das Paradies.



Werner May - Im Paradies - 17309 Fahrenwalde
werner(at)paradies-auf-erden.de
www.paradies-auf-erden.de und www.widerstand-ist-recht.de